

Zukunft willkommen


Arbeitskräfte für Deutschland

UNS GEHT'S UMS GANZE

ARBEITSKRÄFTE FEHLEN ÜBERALL: Im Gesundheitswesen herrscht Personalnotstand. Patient*innen und Pflegebedürftige müssen um ihre Versorgung bangen. Verbraucher*innen leiden unter verkürzten Öffnungszeiten, Ladenschließungen und ewigen Wartezeiten. Die Gastronomie ist am Limit. Auch Handwerk und Industrie klagen über den Arbeitskräftemangel, der auch den Weg zur Klimaneutralität gefährdet.

Um hier Abhilfe zu schaffen, um unseren Wohlstand und unsere Sozialsysteme zu erhalten, brauchen wir weiterhin Einwanderung. Auch den Menschen, die bereits hier leben und in den Arbeitsmarkt einsteigen wollen, sollten wir dies schnellstens ermöglichen.

Ohne Zweifel: Die Aufnahme der vielen Menschen, die derzeit bei uns Schutz suchen, ist eine große Herausforderung, besonders für viele Kommunen. Es fehlt an Wohnraum, Schul- und Kitaplätzen, die Verwaltung ist vielerorts überlastet. Eine Lösung ist es aber, den Menschen, die hier anpacken wollen, das auch zu ermöglichen. Die Aufhebung von Arbeitsverboten und ein „Spurwechsel“ aus dem Asylverfahren entlasten Kommunen finanziell und ganz konkret bei der Versorgung. Gleichzeitig stärken sie unsere Sozialsysteme. Auf Abschreckung, Abschottung und Schikane zu setzen, hat dagegen noch nie funktioniert. Und es gilt: Menschenrechte sind kein Schönwetterthema, sondern Handlungsmaßstab.



**Wir brauchen langfristig
Menschen, die sich in die
Gesellschaft einbringen wollen.
Auch deshalb reformieren wir
das Staatsangehörigkeitsrecht.
Auch deshalb ist uns der
Familiennachzug wichtig.**

Foto: picture alliance / Cultura / Image Source | Sigrid Gombert

NOCH FRAGEN?

20/26

ZUM WEITERLESEN:

- [gruene-bundestag.de/integration](https://www.gruene-bundestag.de/integration)

BUNDESTAGSDRUCKSACHEN:

- 20/3717 Chancen-Aufenthaltsrecht (Gesetzentwurf), dazu:
- 20/4700 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat
- 20/6500 Weiterentwicklung der Fachkräfteeinwanderung (Gesetzentwurf), dazu:
- 20/7394 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Heimat

**Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion**
Fachbereich 3: Demokratie und
vielfältige Gesellschaft

Misbah Khan MdB
Mitglied im Ausschuss für Inneres
und Heimat

Filiz Polat MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin

*Diese Veröffentlichung informiert
über unsere parlamentarische
Arbeit im Deutschen Bundestag.
Sie darf im Wahlkampf nicht als
Wahlwerbung verwendet werden.*

DAS HABEN WIR SCHON GESCHAFFT:

• CHANCEN-AUFENTHALTS-RECHT EINGEFÜHRT

Seit dem 1.1.2023 gilt das Chancen-Aufenthaltsrecht. Menschen, die bereits zuvor seit fünf Jahren geduldet oder gestattet in Deutschland leben und straffrei sind, erhalten für zunächst 18 Monate das Chancen-Aufenthaltsrecht. Während dieser Zeit haben sie die Möglichkeit, die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen, insbesondere die Unterhaltssicherung. So kommen sie aus dem Teufelskreis der kurzfristigen Kettenduldungen heraus. Das betrifft circa 130.000 Menschen. Nur wenige von ihnen hatten bisher eine Arbeitserlaubnis. Jetzt haben wir ihnen den Weg in den Arbeitsmarkt geebnet, gewinnen motivierte Arbeitskräfte und eröffnen Perspektiven für eine Zukunft in Deutschland.

• EINEN ERSTEN „SPURWECHSEL“ ERWIRKT

Wir geben geflüchteten Menschen erstmalig die Möglichkeit zum „Spurwechsel“: Wer sich zum Stichtag 29.3.2023 in einem laufenden Asylverfahren befindet, darf direkt in einen Aufenthaltstitel zu Erwerbszwecken wechseln. Damit ermöglichen wir Arbeitsmarktzugang und gesellschaftliche Teilhabe für Menschen, die bereits in Deutschland sind, fördern Integration und entlasten Kommunen und Ehrenamtliche.

• „ZWECKWECHSEL“ ERMÖGLICHT

Im deutschen Aufenthaltsrecht war es bisher quasi unmöglich, aus Kurzzeitvisa in die längerfristige Erwerbstätigkeit zu wechseln, ohne Deutschland zu verlassen – lange Antragsverfahren und Wartezeiten inklusive. Diese unverständliche Hürde ist jetzt Geschichte. Wer einen Arbeitsvertrag vorweisen kann und alle Voraussetzungen als Fachkraft erfüllt, darf direkt anfangen!

• AUSZUBILDENDE GESTÄRKT

Wir haben die Ausbildungsduldung in einen Aufenthaltstitel umgewandelt. Damit können sich Auszubildende eine Zukunft in Deutschland aufbauen. Betriebe wiederum können zuverlässig mit direkt verfügbaren Fachkräften rechnen. Wir schaffen so für alle mehr Rechts- und Planungssicherheit.



Foto: picture alliance / dpa | Stefan Puchner

• EINWANDERUNG ZUR ARBEIT ERLEICHTERT

Mit unserer Reform des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes hat Deutschland nun endlich ein Einwanderungsgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir haben Hürden für Arbeitskräfte aus dem Ausland beseitigt, Gehaltschwellen abgesenkt und ermöglichen es anerkannten Fachkräften, flexibel und branchenübergreifend freie Stellen anzutreten. Berufspraktische Erfahrungen werden endlich berücksichtigt. Das eröffnet neue Zugänge zum Arbeitsmarkt.

Neu eingeführt haben wir eine Chancenkarte: Auf Basis eines transparenten Punktesystems erhalten Menschen die Chance, zur Arbeitsplatzsuche nach Deutschland zu kommen.

Fachkräfte aus dem Ausland haben sich bisher häufig gegen Deutschland entschieden, weil sie ihre Familie nicht direkt mitbringen durften oder weil es so gut wie keine Chance gab, die eigenen Eltern nachzuholen. Deshalb haben wir auch die Hürden beim Mit- und Nachzug von Familien gesenkt.

DARAN ARBEITEN WIR:



• SCHNELLERE UND LEICHTERE EINBÜRGERUNG

Wir nehmen ein zeitgemäßes Staatsbürgerschaftsrecht in Angriff. Die Perspektive Einbürgerung ist ein wichtiger Faktor dafür, dass dringend benötigte Arbeitskräfte sich im internationalen Wettbewerb für Deutschland entscheiden und dann auch hierbleiben. Deshalb verkürzen wir Fristen: Eine Einbürgerung ist künftig nach fünf Jahren möglich und bereits nach drei Jahren bei besonderen Integrationsleistungen. Wir erkennen Mehrstaatigkeit an und vollziehen damit gesetzlich, was in der globalisierten Welt für viele Menschen längst Normalität ist.

• BÜROKRATIE UND ARBEITS-VERBOTE ABBAUEN

Wir wollen den Weg der Reformen bei Aufenthalt und Einwanderung konsequent weitergehen. Es braucht im Interesse von Verbraucher*innen, Patient*innen, Dienstleister*innen, Handel, Handwerk und Industrie noch deutlich mehr Entbürokratisierung bei der Einwanderung wie auch bei der Hebung des Arbeitskräftepotenzials schon im Land lebender Menschen. Wir wollen den Abbau von Arbeitsverboten für Asylbewerber*innen und geduldete Menschen weiter energisch vorantreiben und den Weg in ein dauerhaftes Bleiberecht über die Beschäftigungsduldung ausbauen. Es ist völlig unsinnig, sie gesetzlich davon abzuhalten, eigenes Geld zu verdienen. Ein schneller Arbeitsmarktzugang kommt den Sozialsystemen zugute, wirkt Perspektivlosigkeit und Konflikten entgegen und schafft Zukunftsperspektiven für alle Mitglieder unserer Gesellschaft.